



Bericht aus Berlin

13 / 2012

Die erste Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause stand ganz unter dem Zeichen der Beratungen zum Bundeshaushalt 2013 und der Europapolitik. Viel Freude bei der Lektüre meines aktuellen Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Aus dem Bundestag

„Deutschland geht es gut“ Einbringung des Bundeshaushalts 2013

Die erste Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause hat mit der Einbringung des Haushaltsentwurfs 2013 durch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble begonnen. Danach wurden in der einwöchigen Haushaltsdebatte die Einzelpläne des Haushalts beraten. Traditioneller Höhepunkt der Haushaltswoche war die Generalaussprache zur Regierungspolitik mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, in der sie trotz Euro-Schuldenkrise und schwächelnder Weltkonjunktur das Fazit zog: „Deutschland geht es gut.“ Sie unterstrich dabei: „Dies ist auch der Erfolg der christlich-liberalen Koalition.“ Im Einzelnen stellte sie fest, dass Deutschland „Stabilitätsanker und Wachstumsmotor in Europa“ sei, die niedrigste Arbeitslosenzahl seit der Wiedervereinigung habe und in absehbarer Zeit auf einen ausgeglichenen Haushalt zusteure. Gleichwohl rief die Kanzlerin die Bürger dazu auf, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen. „Ich möchte, dass wir wettbewerbsfähiger, innovativer, kreativer werden und daran arbeiten.“ In ihrer Rede ging Merkel nicht nur auf die Maßnahmen ein, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gestärkt wird, sondern auch auf die aktuelle Situation in Europa. Sie begrüßte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, das den europäischen Rettungsschirm ESM am Mittwoch unter Vorbehalt genehmigt hat. „Das ist ein guter Tag für Deutschland und ein guter Tag für Europa,“ sagte sie. Der Europäische Stabilitätsmechanismus ist ein wesentliches Instrument zur Bewältigung der Schuldenkrise. Über ihn können hochverschuldete Euro-Staaten Hilfen bekommen, wenn sie sich im Gegenzug zu Strukturreformen und zum Schuldenabbau verpflichten. Merkel äußerte Verständnis für die Ankündigung der Europäischen Zentralbank, Anleihen notleidender Euro-Staaten aufzukaufen,

wenn diese zuvor beim ESM Hilfe beantragt haben. Die Verknüpfung des Anleihenkaufs mit Auflagen im Rahmen des ESM-Programms empfinde die Bundesregierung „als Unterstützung unseres Kurses,“ sagte sie. Insgesamt gehe es darum, das Vertrauen der Märkte in die Währungsunion wiederherzustellen. Dies könne nur gelingen, wenn die Gründungsdefizite der Währungsunion abgebaut würden und die Verbindlichkeit der Zusammenarbeit erhöht werde. Deutschland werde sich „aktiv beteiligen an der Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion“, kündigte die Kanzlerin an. Merkel benannte in ihrer Rede auch die Herausforderungen, die noch bevorstehen, allen voran die Energiewende. Mit ihr betrete die Bundesregierung absolutes Neuland. „Kassandra-Rufe“, dass die Energiewende nicht zu schaffen sei, wies sie zurück. Wer in einem Zehntausend-Meter-Lauf schon nach 1.000 Metern schreie, dass das Ziel nicht zu erreichen sei, habe die Aufgabe nicht verstanden.

Bundeshaushalt 2013 in Zahlen

Der Bundeshaushalt 2013 sieht Ausgaben in Höhe von 302,2 Milliarden Euro vor, 283,4 Milliarden Euro an Einnahmen und eine Neuverschuldung von 18,8 Milliarden Euro. Mit dem vorliegenden Entwurf zielt die Bundesregierung schon im Jahr 2013 darauf ab, ein wesentliches Kriterium der Schuldenbremse einzuhalten und das strukturelle Defizit des Bundes auf 0,35% des Bruttoinlandsprodukts zurückzuführen. Auch der Stabilitäts- und Wachstumspakt wird erfüllt. Die Kreditfinanzierungsquote sinkt deutlich von 10,3% (2012) über 6,2% (2013) auf 0% (2016). Der Konsolidierungskurs lässt sich auch am Verhältnis der Ausgaben des Bundes zur gesamten Wirtschaftsleistung des Landes (BIP) ablesen, die von 11,9% (2012) über 11,2% (2013) auf 10,8% (2016) zurückgehen.

Weitere Informationen: www.cdusu.de

Parlamentsdeutsch...

Zustimmungsgesetz: Zustimmungsgesetze sind Gesetze, die die Rechte der Bundesländer in besonderer Weise berühren. Ein Nein des Bundesrats zu einem solchen Gesetz kann vom Bundestag nicht überstimmt werden. In solchen Fällen kann der Vermittlungsausschuss angerufen werden, der nach einem Kompromiss sucht. Dieser muss dann erneut vom Bundestag verabschiedet werden und die Zustimmung des Bundesrats finden. Zustimmungsgesetze sind, wie im Grundgesetz ausdrücklich aufgeführt, unter anderem solche, die das Grundgesetz ändern, das Finanzaufkommen der Länder betreffen und in ihre Verwaltungshoheit eingreifen.

Nachrichten

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum ESM-Vertrag und Fiskalvertrag

Das Bundesverfassungsgericht hat diese Woche entschieden, dass der Vertrag zur Einrichtung des dauerhaften Euro-Rettungsschirms ESM und der Fiskalpakt mit unserem Grundgesetz vereinbar sind. Damit bestätigt das höchste deutsche Gericht die Europapolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie die auf den Weg gebrachten Maßnahmen zur Lösung der Staatsschuldenkrise in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland wird ihrer Verantwortung für Europa umfassend gerecht. Die Karlsruher Richter haben betont, dass Deutschland nicht überfordert werden darf. Nur wenn in Not geratene Euro-Staaten erhebliche Eigenanstrengungen unternehmen, ihre Haushalte in Ordnung bringen und Strukturreformen durchführen, kann es Hilfe geben.

Ein kurzes Argumentationspapier zu diesem Thema finden Sie unter:

<http://www.cdu.de/doc/pdfc/120912-Argumentation-BVerfG.pdf>

Die ausführliche Begründung der Karlsruher Richter finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg12-067.html>

Bund stärkt Kommunen

Zur ersten Lesung des Entwurfs für den Bundeshaushalts 2013 erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz, diese Woche: „Die kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung setzt sich weiter fort. Auch im Jahr 2013 profitieren davon die Haushalte der kommunalen Gebietskörperschaften. Bereits im laufenden Jahr können die Städte, Gemeinden und Landkreise mit einem Haushaltsüberschuss von bundesweit rund 2,5 Milliarden Euro rechnen. Mit der Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter (SGB II) sowie der Kosten für Bildung und Teilhabe nach SGB II durch den Bund ist das auch das Verdienst unionsgeführter Politik. Durch die eingeleitete zweite Stufe der Kostenübernahme der Altersgrundsicherung werden die Kommunen bei ihren Sozialausgaben im Jahr 2013 um 3,175 Milliarden Euro zusätzlich entlastet. Parallel dazu werden für Kommunen wichtige Programme – von der klassischen Städtebauförderung mit 455 Millionen Euro bis hin zu frühkindlicher Sprachförderung – im Jahr 2013 auf dem hohem Niveau fortgesetzt. Verantwortlich für die Gesundung der Kommunalfinanzen ist aber letztlich die auf Wachstum ausgerichtete Politik der Bundesregierung. Davon profitieren die Städte und Gemeinden in verschiedensten Bereichen. Am eindrucksvollsten zeigt sich dies bei der Entwicklung der kommunalen Gewerbesteuererinnahmen und den Anteilen an der Einkommensteuer. Die Erholung der kommunalen

Haushalte spiegelt sich aber auch in der Entwicklung der Zinsausgaben wider. Diese werden nach Einschätzung des Bundesfinanzministeriums durch steigende Überschüsse und das niedrige allgemeine Zinsniveau zu weiteren Einsparungen führen.“

AG Kommunalpolitik diskutiert Auswirkungen des Bundeshaushalts auf die Kommunen



In dieser Woche diskutierte die AG Kommunalpolitik unter ihrem Vorsitzenden, Peter Götz, über die Auswirkungen des Bundeshaushalts auf die Kommunen, einschließlich der Bund-Länder-Eckpunkte zum Fiskalpakt. Antje Tillmann, MdB, stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses, berichtete hierzu und betonte unter anderem, dass die Kommunen im Haushaltsentwurf 2013 sehr gut abschneiden.

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.goetzpeter.de

Einige interessante Daten und Fakten...

Deutschland jetzt wettbewerbsfähiger als die USA

Nach einer Auswertung des World Economic Forum (WEF) hat Deutschland im vergangenen Jahr die USA in Sachen Wettbewerbsfähigkeit überholt und konnte in der aktuellen Studie wie bereits 2011/12 erneut Platz 6 erreichen. Deutschland ist damit Spitzenreiter unter den großen Volkswirtschaften. Die Studie ermittelt die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes anhand von zwölf Indikatoren, unter anderem Infrastruktur, makroökonomisches Umfeld, Gesundheit und Primärbildung, Bildung und Ausbildung, aber auch Arbeitsmarkteffizienz. Darüber hinaus fließen die Finanzmarkt- und technologische Entwicklung, die Innovationstätigkeit oder die Marktgröße in die Bewertung ein. Deutschlands besondere Stärken liegen in der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, was zu einer hohen fachlichen Kompetenz sowie zu schneller Realisierung und Umsetzung von Neuerungen führe. Gerade im Bereich der Innovationstätigkeit weise Deutschland daher besondere Stärken auf. Ein weiterer entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist neben der praxisorientierten beruflichen (dualen) Ausbildung die sehr gut ausgebaute und hoch technisierte Infrastruktur.

Quelle: The Global Competitiveness Report

Anstieg der Arbeitskosten im 2. Quartal 2012

In Deutschland sind die Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde im zweiten Quartal 2012 im Vergleich zum ersten Quartal 2012 saison- und kalenderbereinigt um 1,5% gestiegen. Das ist der vierthöchste Anstieg seit Beginn der Zeitreihen des Arbeitskostenindex` im Jahr 1997. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, erhöhten sich dabei die Kosten für Bruttoverdienst um 1,8%, die Lohnnebenkosten um 0,5%. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2011 stiegen die Arbeitskosten im zweiten Quartal 2012 kalenderbereinigt um 2,5%. Gegenüber dem Vorquartal besonders gestiegen sind die Kosten pro geleistete Arbeitsstunde in den Bereichen Energieversorgung (+3,3%), Wasserversorgung (+3,1%) und Verarbeitendes Gewerbe (+3,0%). Dagegen sanken die Arbeitskosten in den Bereichen Information und Kommunikation (-0,8%), bei sonstigen Dienstleistungen (-0,7%), Gesundheits- und Sozialwesen (-0,5%) sowie Kunst, Unterhalten und Erholung (-0,4%).

Quelle: Statistisches Bundesamt

Weniger Insolvenzen im 1. Halbjahr 2012

Im ersten Halbjahr 2012 meldeten die deutschen Amtsgerichte 14.776 Unternehmensinsolvenzen. Das waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 3,1% weniger als im ersten Halbjahr 2011. Auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag im ersten Halbjahr 2012 mit 49.750 Fällen niedriger als im ersten Halbjahr 2011 – um 3,9%. Zusammen mit den Insolvenzen von anderen privaten Schuldner und Nachlässen summierte sich die Gesamtzahl der Insolvenzen auf insgesamt 76.968 Fälle, und damit um 4,2% unter dem entsprechenden Wert in der ersten Hälfte des Jahres 2011.

Quelle: Statistisches Bundesamt